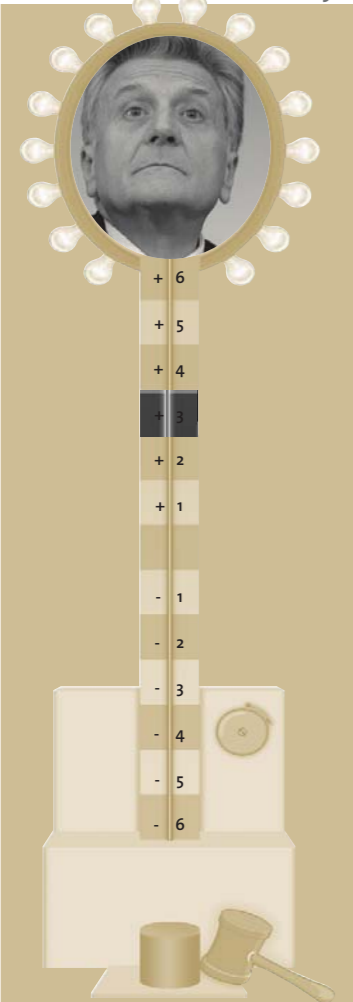


Euroland ist nicht Disneyland > LP21 meint, echter Überflieger (+ 3)



Also, kollegial war das nicht, Monsieur Jean-Claude Trichet! Auf Ihrer ersten Pressekonferenz im neuen Jahr, am 10. Januar, verkündeten Sie als EZB-Präsident: Alles bleibt beim alten. Die Europäische Zentralbank ändert ihre Leitzinsen nicht. Ebenso wenig ändert die EZB die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation: Die Lage in Euroland sei stabil. Zwar gibt es nach wie vor starke Tendenzen zur Steigerung des Preisniveaus. Zwar dauert die „Neueinschätzung der Risiken auf den Finanzmärkten“ an, mit möglichen negativen Folgen für das Wachstum nicht nur in der USA. Aber die Stärke des Euro hat für Sie Vorrang. Seit August letzten Jahres hat die EZB die Auswirkungen der US-amerikanischen Finanzkrise auf den europäischen Geldmarkt bekämpft – und zugleich immer wieder erklärt, die „Neueinschätzung der Risiken“ sei ein normaler Prozess. Mit anderen Worten: Die USA sind für Sie das Risiko – und allein die USA sollen den Preis dafür bezahlen. Dabei blieben Sie auch, als am 22. Januar nach den dramatischen Einbrüchen an allen Börsen, auch in Europa, die Fed ihren Leitzins drastisch senken musste. *Euroland ist nicht Disneyland, ist eine Insel der Glückseligen. Wirklich? Werden Sie diesen Kurs durchhalten?*

Zocker bei Großbank? Société Générale (1)
Die Société Générale, auch als SocGen bezeichnet, ist gemessen an der Bösenkapitalisierung die zweitgrößte französische Großbank. Das Institut meldete am 24. Januar einen „unvorstellbaren“ Betrugsfall, wobei ein einzelner Händler, der 31-jährige Jérôme K., sein Institut 4,9 Milliarden Euro gekostet haben soll. Wie der Bankchef mitteilte, handle es sich um einen „eher kleinen Händler, der nicht mehr als 5000 Euro brutto im Monat verdient“. Da man nun mal bei der Bekanntgabe schlechter Daten war, wurde ergänzt: Die französische Großbank verfügt über 5,2 Milliarden Euro „schlecht besicherte Forderungen im US-Immobilienmarkt“. Sie sieht sich veranlasst, zusätzlich zu den Verlusten aus dem Betrugsfall auf die Forderungen „Wertberichtigungen in Höhe von 2,1 Milliarden Euro vorzunehmen.“ Womit sich die gesamten eingestandenen Sonderverluste auf glatte sechs Milliarden Euro addieren. *Trotzdem will die Bank für das Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss „zwischen 600 und 800 Millionen Euro ausweisen“. Im Vorjahr waren es allerdings noch 5,2 Milliarden gewesen. Die Société Générale, 1864 gegründet, ist eine der ältesten europäischen Großbanken. Sie wurde jüngst für ihr optimales internes Sicherungssystem ausgezeichnet. Christian Noyer, der Gouverneur der Zentralbank Banque de France, betätigte sich wie folgt als Weißwäscher: „Ich habe volles Vertrauen in das französische Bankensystem (...) Leider können die besten Gesetze Missbrauch nicht verhindern. (...) Doch nun ist die Angelegenheit geregelt. Die SocGen steht solider da als vorher.“*

US-Notenbank ausgetrickst? Société Générale (2)
Die SocGen-Affäre hat internationale Dimensionen. Sie wird von einigen Experten als Teil der Konkurrenz zwischen dem US-amerikanischen und dem kontinentaleuropäischen Finanzzentrum gesehen. Warum, so fragt die britische „Financial Times“, hat die französische Großbank ihre gewaltigen Verkäufe von Future-Titeln, mit denen sie die Sonderverluste aus dem behaupteten Betrugsfall aus den Büchern nahm, ausgerechnet während eines sich anbahnenden Börsenkrachs, beginnend am Montag, dem 21. Januar, getätigt? Das Blatt argumentiert: „Viele im (britischen) Finanzzentrum glauben, dass es ohne die riesigen Derivate-Verkäufe der SocGen nicht diese brutale Baisse-Stimmung an den Aktienmärkten gegeben hätte.“ Das Blatt zitiert einen „Londoner Hedge Fonds-Manager“ mit den Worten: „Nun ist klar, dass die Fed durch einen betrügerischen Händler und durch die Art, wie die Bank (SocGen) diese Positionen los wurde, in ihre panikartige 75-Prozentpunkte-Leitzinssenkung getrieben wurde.“

Allianzgewinn
Auch der größte deutsche Finanzkonzern hat Federn lassen müssen: Im vierten Quartal 2007

verbuchte die Allianz deutliche Verluste, das Eigenkapital ging von 49,05 Milliarden auf knapp 48 Milliarden Euro zurück. Aber in den Bilanzen des Unternehmens ist noch Platz für ganz andere Belastungen. Trotz der Verluste meldete der Konzern am 24. Januar ein operatives Ergebnis von 10,8 Milliarden Euro. Der Jahresüberschuss werde 8 Milliarden Euro betragen – ohne die Belastungen durch die Finanzkrise hätte fast das Doppelte erreicht werden können.

Credit Suisse
Die Schweiz beherbergt mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) nicht nur das Chambre séparée der Zentralbanken aus aller Welt, sondern mit der UBS und der Credit Suisse auch gleich zwei in der Ersten Liga international agierende Großbanken. Doch auch hierher reichen die Folgen der Finanzkrise. UBS musste zwölf Prozent ihrer Aktien an die Government of Singapore Investment Corporation und einen nicht genannten Investor aus dem Nahen Osten verkaufen, um sich frisches Eigenkapital zu besorgen. Und die Credit Suisse kündigte Ende Januar 500 Entlassungen im Handel mit Anleihen an. Beide Großbanken wollen allerdings am Konzept einer integrierten Großbank mit verschiedenen Geschäftsfelder festhalten. *Weltweit sind bis Januar 2008 etwa 25 000 Jobs im Finanzbereich gestrichen worden.*

Serbiens Energie
Der russische Energiekonzern Gazprom übernimmt 51 Prozent des serbischen Energieunternehmens NIS und wird das Land an eine neue Gaspipeline anschließen, die durch das Schwarze Meer und Bulgarien gebaut wird. Einzelheiten zum Kaufpreis veröffentlichten die beteiligten Regierungen am 25. Januar nicht. Schätzungen gehen von etwa zwei Milliarden US-Dollar aus. Der Deal kam trotz Bedenken der EU zustande und wird zweifellos auch politische Konsequenzen haben. *Noch ist die Kosovo-Frage nicht entschieden.*

Großbritannien: Mega-Knast-Quote
Im Januar gab die britische Regierung bekannt, dass sie bis 2014 drei Mammutgefängnisse nach US-Vorbild bauen lässt. Jedes dieser „Jumbo-Jails“ soll 2500 Gefangene fassen. Diese politische Ökonomie des privat-kapitalistischen Knastwesens wurde bereits in den USA verdeutlicht. Parallel mit der Privatisierung des Gefängniswesens stieg der „Bedarf“: Die Zahl der Häftlinge verdoppelte sich. In Großbritannien gibt es inzwischen 81.500 Häftlinge – vor zehn Jahren waren es noch 60.000. Während in Frankreich auf 100.000 Einwohner 85 und in Deutschland 93 Häftlinge kommen, sind es im Vereinigten Königreich 148. Demnächst soll die absolute Zahl und diese Knastrate weiter ansteigen. *Dann darf die Nachfrage dem neuen Angebot der Jumbo-Jails folgen.*

Ökonomie Europa



Erstarrt, zerfallen, materiell am Ende

Die Krise des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)

Hannes Hofbauer

Untreue, Betrug, Bilanzfälschung ... so lauten die Anklagepunkte, denen sich die Finanzchefs der ehemaligen ÖGB-eigenen „Bank für Arbeit und Wirtschaft AG“ (BAWAG) seit Monaten im Gerichtssaal ausgesetzt sehen. Oberflächlich betrachtet kühlte die bürgerliche Justiz am Wiener Landesgericht ihr Mütchen am gescheiterten Prolo-Banker. Dieser hat in den Personalisierungen eines Bankdirektors, eines Spekulanten und mehrerer Aufsichtsräte zwischen 2,5 und 3,2 Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Die fettesten Brocken im Minusgeschäft ergaben sich aus Einkäufen der Postsparkasse, einem teuren Rückkauf der Bayrischen Landesbank sowie riesigen Verlusten, die beim Spekulieren auf Yen-Kursänderungen eintraten. Da letztere vornehmlich von Briefkastenfirma in der Karibik getätigt wurden, trägt der Skandal den Namen „Karibik-Geschäfte“.

Das Ganze ist indes weit mehr als ein Skandal. Denn die mittlerweile ausgetauschte Führung des ÖGB hatte im Zuge des Bankendebakels den gesamten seit 1945 angesammelten Streikfonds – mithin die Mitgliedsbeiträge mehrerer Generationen – an die BAWAG verpfändet, um erste Verluste vertuschen zu können. Nach knapp zehn Jahren Heuschrecken-Kapitalismus ist vom Fonds nichts mehr übrig: perdu! Die Ironie der Geschichte: Der ÖGB galt als die reichste Gewerkschaft in Westeuropa, gestreikt wurde so gut wie nie, das Geld für schlechte Zeiten u. a. in der Bank geparkt.

Vor dem Konkurs wurden BAWAG und ÖGB übrigens durch eine staatliche Garantierklärung über 900 Millionen Euro gerettet, die Ende 2006 ausgerechnet die rechtsrechte Regierung Wolfgang Schüssel abgegeben hatte. Ihre Bedingung: Offenlegung des bis dahin geheimen Streikfonds und Verkauf der BAWAG, des finanziellen Herzstücks der Gewerkschaft, mit einem Wort: Offenbarungseid. Zugeschlagen hat der US-amerikanische Hedgefonds Cerberus. Für 3,2 Milliarden Euro sind ihm die BAWAG, wesentliche Anteile an den österreichischen Lotterien und der Nationalbank, der Wiener Börse, der Europay Austria (u. a. Mastercard, Maestro), eine Reihe von Banken in Osteuropa, die Firmen Bösendorfer (Klavier), Stiefelkönig (Schuhe), Köck (Elektro), ATV+ (TV-Station) und jede Menge teurer Liegenschaften – alles ehemalige gewerkschaftliche Besitztümer – in die höllenhundischen Hände gefallen.

Spekulation kompensiert Mitgliederschwund

Dem materiellen Debakel des ÖGB vorausgegangen war eine völlig irrwitzige Reaktion auf postfordistische Strukturprobleme, die seit Mitte der 1980er Jahren zu einem kontinuierlichen Mitgliederschwund geführt hatten. Von 1985 bis 2005 sank die Mitgliederzahl von 1,64 auf 1,33 Millionen. Das entspricht immer noch einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 36 Prozent der Beschäftigten (in Deutschland: 23 %). Dem durch die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse strukturell bedingten Mitgliederschwund begünstigte der ÖGB mit der sturen Beibehaltung der ausschließlichen Vertretung von Stammebelegschaften. Auch am überdimensionierten Apparat (immerhin 2000

Angestellte) wurde nicht gespart. Stattdessen setzten die Bosse auf Währungsspekulationen. Hoch bezahlte Bankmanager, einer davon der Sohn des früheren BAWAG-Chefs, sollten in den USA und der Karibik jene Finanzlücke schließen, die sich wegen Mitgliederschwund und aufgeblasener Bürokratie auftat. Dieses Konzept ging gründlich schief. Eine Austrittswelle von zehntausenden enttäuschter Mitglieder nach dem Auffliegen des BAWAG-Skandals überschattete alle angekündigten Reformvorschläge. Deren weitestgehender, eine relativ demokratisch angelegte Urabstimmung, förderte ein organisationspolitisches Patt zu Tage, das einen Neubeginn vorerst unmöglich macht: Autonomie der Einzelgewerkschaften oder Zentralisierung der Kräfte lautete dabei die Frage, die unentschieden ausging. Einer notwendigen inhaltlichen Offensive fehlt schlicht das Personal. Lösungen von links, nach denen z. B. ein Abweichen von der Lissabon-Strategie, die Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst zementiert, ein Anfang für gewerkschaftliche Umorientierung wäre, bleiben im ÖGB-Vorstand ungehört. Und anstelle einer EU-weiten Forderung nach sozialer – statt wirtschaftlicher – Konvergenz, die bei Lohnunterschieden von 1:20 (so zwischen Österreich und Bulgarien) dringend geboten wäre, setzt die neu-alte ÖGB-Spitze auf Lobbying in Brüssel. Auf diesem Gebiet stehen dann in der EU-Zentrale 200 gewerkschaftliche Lobbyisten 20.000 ebensolchen von großen Unternehmen bezahlten gegenüber.

Hannes Hofbauer hat Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien studiert und arbeitet als Publizist und Verleger.